

Oktober 2022 Deutsche Kommunistische Partei

Marburg: Wohin mit dem vielen Geld?



In diesem Jahr feiert Marburg seine 800-jährige Stadtgeschichte. Eine der großen Protagonistinnen ist dabei die Heilige Elisabeth, die sich zeitlebens für die sozialen Belange der Menschen einsetzte. Viele eifern ihr nach, auch der amtierende Oberbürgermeister Thomas Spies möchte ihr in nichts nachstehen, weshalb er bei der großen Eröffnungsfeier zur 800 Jahre-Feier Marburgs auch auf die Idee kam, eine Saalwette à la "Wetten, dass...!" auszurufen, mithilfe der es gelingen soll, an ienem Abend 800 € für die Marburger Tafel an Spenden zu generieren. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Marburg im letzten Jahr mehrere Millionen Euro Extraeinnahmen erzielte und nicht weiß, wohin mit dem Geld, und bei 7,4 Milliarden Euro Gewinneinnahmen durch BionTech nochmals mehr als 200 Millionen Euro an Gewerbesteuern nach Marburg fließen, ist diese Saalwette blanker Hohn!

Während die Menschen unter den pandemischen Corona-Teuerungen ächzen und alle Preise für das tägliche Leben explodieren – von Lebens-mitteln über Energiekosten bis hin zu den Mietpreisanstiegen - wobei die Inflationsrate bald die 10%-Hürde knackt, während die Löhne nicht im selben Maße steigen, kommen der Krieg in der Ukraine und ein 100 Milliarden Euro-Paket an Militärausgaben dazu. Sprichwörtbreiten Existenzängste aus. Die alltäglichen Dinge des Lebens sind für viele nicht mehr tragbar, auch in Marburg. Anstatt die aktuell im Überfluss vorhandenen Gelder in den Ausbau städtischer Infrastruktur zu geben, diskutiert man lieber, wie man das viele Geld gewinnbringend anlegt. Zurück zur Almosen-Saalwette des Oberbürgermeisters: Während die Marburger Tafel von neuen Kunden regelrecht überrannt wird, bleibt der Tafel nichts anderes übrig, die verzweifelten Menschen - zu ihnen gehören Kinder und Senioren - abzuweisen, weil sie nicht genügend Lebensmittel hat, um alle versorgen zu können. Viele dieser Menschen haben ihr Leben lang gearbeitet, sie sind arm trotz Arbeit!

Es wird höchste Zeit dieser Politik die rote Karte zu zeigen! Die vielen offenkundigen, sicher nicht nur durch Marburgs Politik verursachten Probleme, müssen angegangen werden. Die Gelder gehören nicht spekulativ angelegt; sie sollen beispielsweise für den kostenlosen ÖPNV genutzt werden. Der ist lang beschlossen, entlas-

tet überdies die Verkehrslage und nützt dem Klima. Zudem muss ein Programm aufgelegt werden, das Wohnen wieder bezahlbar macht und ein weiterer Mietpreisanstieg verhindert wird. Parallel dazu muss durch die Förderungsprogramme des Bundes, des Landes und der Kommune mit der energetischen Sanierung, und zwar Mietkostenneutral, begonnen werden, um die Nebenkosten überschaubar zu halten. Auch das kommt dem Klima zugute, vor allem auch dem sozialen! Andere hessische Städte wie Frankfurt und Kassel machen es längst vor: Durch kostenlosen Eintritt in Schwimmbäund in kulturelle Einrichtungen geben sie an ihre Stadtbevölkerungen etwas zurück, die durch die letzte Pandemie bedingten Jahren schwer gebeutelt sind.

Tanja Bauder-Wöhr

Sanktionen bringen Armut



Foto: Kundgebung am 1. September vor dem Deserteurs-Denkmal

Bereits mehr als sieben Monate dauert der Krieg in der Ukraine. Und ein Ende ist nicht absehbar.

Es ist ein dreifacher Krieg: Der russische Angriff auf die Ukraine, der Stellvertreter-krieg, den die USA und die NATO auf dem Boden der Ukraine führen und der Wirtschaftskrieg der Führungsmacht USA und ihrer Verbündeten gegen Russland.

Immer mehr Opfer, Zerstörungen und Verwüstungen in der Ukraine, massive Aufrüstung und immer lautere

Rufe nach Lieferung schwerer Waffen sind die militärische Seite des Krieges. Steigende Armut durch explosive Kostensteigerung für Energie und Lebensmittel sind die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen. Die Folgen von Corona sind noch nicht überwunden und schon steuern wir in eine - diesmal weitgehend selbstgemachte - neue Krise. Es wird immer deutlicher: In der Bundesrepublik stehen wir vor einer Rezession mit Arbeitslosigkeit und hoher Inflation. Sie wird nicht nur die Armen noch ärmer machen. Sie wird drastische Auswirkungen bis weit in den Kreis der sogenannten Normalverdiener haben.

Krieg und Aufrüstung haben ihren Preis. Jeder Euro, der in die Kriegs- und Rüstungskassen fließt, fehlt an anderer Stelle. Er fehlt vor allem dort, wo es am nötigsten ist: in den Sozialkassen, in Schulen und Hochschulen, in den Krankenhäusern und in der Pflege von Alten und Kranken, also dort, wo schon seit Jahren gewaltige Defizite und Rückstände bestehen.

Die von der Bundesregierung bisher beschlossenen Entlastungspakete werden die Krise nicht aufhalten. Sie sind allenfalls Tropfen auf einem heißen Stein. Gewerkschaften und Sozialverbände kritisieren sie als völlig unzureichend. Schlimmer noch, sie kommen nur zu einem geringen Teil denjenigen zugute, die das Geld wirklich brauchen. Die Bundesregierung hat jetzt einen "Abwehrschirm" von 200 Mrd. € angekündigt, um die Preise für Gas und Strom zu deckeln. Wo das Geld herkommen soll, ist genauso unklar

wie die Einzelheiten, wer in welchem Umfang Hilfe erhält. Nur eins ist schon klar: eine Steuer zu Lasten der Konzernprofite wird es mit dieser Regierung nicht geben! Stattdessen 200 Mrd. € für "Energiekrieg den Deutschlands" (Finanzmi-Lindner) nister gegen Russland aus der Staatskasse durch neue Schulden. Bezahlen müssen es am Ende diejenigen, die ohnehin am wenigsten haben.

Der Krieg muss sofort beendet werden. Waffenstillstand und Aufnahme von Ver-handlungen in der Ukraine! Schluss mit den Sanktionen gegen Russland und Rückkehr zu normalen Wirtschaftsbeziehungen.

Der Herrschenden sprechen von unruhigen Zeiten, die vor uns liegen. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass sie sich zu Recht fürchten.

Heribert Peters

TIPP: YouTube (4.10.22)
Reinhard Lauterbach
Russlands Hegemonialkrieg in
der Ukraine
https://www.youtube.com/watc
h?v=N9UZxn_FcJk

Wir über uns

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) versteht sich als Partei der Arbeiterklasse und als Partei des wissenschaftlichen Sozialismus.

Die DKP ist eine Partei des Friedenskampfes, sie bekämpft die Kriegstreiberei, die heute vor allem vom US-Imperialismus, der NATO und den führenden imperialistischen Ländern in der EU und Europa ausgeht.

Die DKP ist eine internationalistische Partei, sie arbeitet weltweit mit kommunistischen und Arbeiterparteien auf allen Kontinenten zusammen.

Die DKP ist eine antiimperialistische Partei und unterstützt weltweit Befreiungsbewegungen im Kampf gegen Neokolonialismus und imperialistische Ausbeutung.

Die DKP ist eine Partei des antifaschistischen Kampfes.

"Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. 10 Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.

Karl Marx

Im Übrigen...*
von Christian Mark

... »grüner Mund tut Wahrheit kund.«

BRD-Außenministerin Annalena Baerbock tönte auf einer Konferenz in Prag, dass sie zur Ukraine halte, "egal, was meine deutschen Wähler denken." Man darf das eingentlich nicht zitieren, weil man dann für einen Putin-Versteher* gehalten wird. So oder so, wir freuen uns, dass die Frau Ministerin aus ihrem Herzen keine Mördergrube macht.

Nun wollen wir, das Gros der Wählerinnen und Wähler, aber keine (und schon gar nicht schwere) Waffen in Kriegsgebiete schicken. Wir wollen im Winter nicht frieren und nicht hungern und erst recht nicht aus unserer Wohnung geworfen werden. Auch sollen die kleinen Firmen nicht Pleite gehen, weil sie ihre Energiekosten nicht mehr tragen können, Herr Habeck.

Es ist uns nicht egal, was Baerbock und Habeck denken oder tun.

Darum tragen wir unseren Zorn auf die Straße. Nennen wir die Verursacher einer asozialen Politik beim Namen! Verwir ein Ende langen Wirtschaftskrieges gegen andere Länder! Wir wollen Umverteilung von oben nach unten, nicht umgekehrt. Z.B. durch Übergewinnsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer usw. Wir fordern Vergesellschaftung der Energieversorgung. Dadurch halten wir uns auch falsche Freunde von rechts vom Hals. Denn wenn es darum geht, den Reichen die Last der Krise aufzubürden und wenn es um Vergesellschaftung geht, macht die AfD sowieso nicht mit.

*Anmerkung: Kein Verständnis für Putin! Wer ein Land überfällt, begeht ein Verbrechen.





Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Organisation und Durchführung von Essenausgaben Beschlussvorschlag

Der Magistrat wird gebeten, bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 30. September 2022 ein Konzept vorzulegen, wie es gelingt, niedrigschwellige und kostenlose Essenausgaben in der Stadt Marburg und den Ortsteilen zu organisieren, an denen alle bedürftigen Mitmenschen partizipieren können. Begründung Aktuell verschlechtern sich rapide die finanziellen Lebensbedingungen, auch für Kreise der Bevölkerung, die sich bisher als "Normalverdiener" betrachteten.

Antrag der Fraktion Marburger Linke und der Piratenpartei betr. Einführung eines Einwohner*innen-Energiegeldes Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, 1. ein Einwohner*innen-Energie-Geld Stadtpassinhaber*innen und Transferleistungsempfänger*innen nach dem Kasseler Vorbild1 zu entwickeln und dafür bei der Haushaltsaufstellung für 2023 die notwendigen Mittel einzuplanen. Das Energiegeld soll 100 Euro für jeden Erwachsenen und 200 Euro für jedes Kind betragen. 2. dafür Sorge zu tragen, dass im kommenden Winter keine Stromund/oder Gassperren umgesetzt werden. 3. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, dass niemand wegen rückständiger Nebenkostenzahlungen bei Gas oder Strom eine Kündigung erhält. Begründung Wie am Montag, den 18.07.22 in der OP zu lesen war, fordert die Initiative "für ein solidarisches und soziales Marburg" eine aktivere Sozialpolitik, vor allem für die Menschen mit kleinem Geldbeutel. Die allgemeinen Preissteigerungen sowie die exorbitante Verteuerung bei den Energiekosten sind Beratungsfolge Gremium: Zuständigkeit Sitzung ist Magistrat Stellungnahme nichtöffentlich Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung Vorberatung öffentlich Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss Vorberatung öffentlich Stadtverordnetenversammlung Entscheidung öffentlich für viele Menschen existenzbedrohend. Andere - bei weitem ärmere - Kommunen haben bereits Aktivitäten in diese Richtung entfaltet. Marburg als finanziell besser gestellte Kommune könnte das durchaus leisten und seinen nicht so gut betuchten Bürger*innen damit ein Signal senden, dass deren Existenzängste ernst genommen werden. Weitere Begründung erfolgt mündlich.





Neue Ausgabe

Echo von links



Gastkommentar von Dr. Joachim Hösler, Apl. Prof. für Neuere und Osteuropäische Geschichte

Wie umgehen mit dem verfluchten Krieg?

Die besten Kenner Russ- zahlreichen Warnungen dalands wurden vom Angriff der russischen Armee auf die Ukraine überrascht. Um begreifen zu können, was für eine gefährliche Dynamik entstanden ist und wie es dazu kam, ist es erforderlich, die Wechselwirkung zwischen der Aktivität des politischen Westens, der inneren Dynamik der Transformation Russlands und der Entwicklung der Ukraine auszuleuchten.

Nachweislich hat der politische Westen Moskau mehrfach zugesagt, die Nato nicht Richtung Osten auszudehnen. Nach der Auflösung der UdSSR setzte sich jedoch ein US-Triumphalismus durch, der darauf zielte, Russland dafür abzustrafen, sieben Jahrzehnte lang eine Alternative zum Kapitalismus geboten zu haben. Die Nato-Osterweiterung folgte der Konzeption des US-Strategen Zbigniew Brzezinski. der in der Ukraine einen "geopolitischen Dreh- und Angelpunkt" erkannte. Die vor, diese Ostpolitik werde in Russland die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Kräfte stärken, wurden ignoriert. Die Ukraine wurde vom politischen Westen instrumentalisiert, um Russland zu provozieren. Die US-Regierungen nahmen in Kauf, dass die Sicherheit der Ukraine bei diesem Spiel mit dem Feuer infrage gestellt wurde. Die US-Administration Biden behauptete Ende 2021/Anfang 2022 zu wissen, dass Russland die Ukraine angreifen werde. Sie hat verantwortungsethisch versagt, weil sie eben nicht alle diplomatischen Möglichkeiten zur Friedenssicherung ausgeschöpft, sondern weiter auf Eskalation gesetzt hat. Seit Beginn des Krieges gießt der Westen Öl ins Feuer.

In Russland und in der Ukraine vollziehen sich seit Beginn der 1990er Jahre Prozesse der Systemtransformation. Wer dies als Gegenrevolution begreift, muss

sich klarmachen, wozu dies geführt hat. Beim Übergang von der UdSSR zur Russländischen Föderation gab es keine Erneuerung von unten, sondern eine (Gegen-) Revolution von oben. Das Verfügungsverhältnis zwischen dem starken Staat und einer schwachen Gesellschaft wurde im Wesentlichen stabilisiert. In den zwei Jahrzehnten unter Putin hat der Druck auf die Gesellschaft massiv zugenommen.

Der politische Westen hat seit Beginn der 1990er Jahre die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands verletzt. Diese verfolgte die Regierung Putin seit 2008 mit einer selbständigen Außenpolitik. Seit 2015 zielt dies weniger auf legitime Sicherheitsinteressen, als vielmehr auf imperialistische Ziele. Dies ist nicht nur der Provokation durch den Westen geschuldet, sondern auch der inneren Dynamik des Putinismus, der ohne Repression im Inneren und Aggression nach außen nicht funktioniert.

Anders als Russland mit seiner imperialen Vergangenheit lag die Ukraine immer an der Grenze (u kraina) zu anderen Großreichen. Seit Beginn der 1990er Jahre betrieben die Regierungen im Zuge der Systemtransformation auch eine nationale Homogenisierung. Für die ukrainische Führung hat der Krieg die Funktion, die Nationalstaatsbildung zu vertiefen, die De-Russifizierung voranzutreiben und die Hegemonie für eine neoliberale Zurichtung des Landes zu sichern.

Was sollten wir tun? Uns umfassend informieren, vor allem in den Marxistischen Blättern. Eintreten für die Solidarität aller Friedensbewegten, verdeutlichen, dass Krieg die größte Unvernunft (Willy Brandt: ultima irratio) ist. Unterstützung der Sozialproteste gegen die Folgen des Wirtschaftskriegs und der Blockaden der Rüstungsproduktion und -lieferung.



Für ein soliarisches und soziales Marburg

Linkes Bündnis bietet Sozialsprechstunde an

Die Lage für viele Menschen in Marburg-Biedenkopf ist düster: In den letzten zwölf Monaten explodieren Lebensmittelpreise und Energiekosten. Prekäre, schlecht bezahlte Jobs und steigende Mieten verschärfen das Problem. Die Armutsquote in Hessen ist auf 18,3 Prozent gestiegen, in Mittelhessen liegt sie mit 20,1 Prozent noch höher. Damit leben wir in der statistisch ärmsten Region in Hessen.

Gleichzeitig will das Kreisjobcenter die Energiepreise deckeln und setzt Mietobergrenzen so niedrig an, dass sich in den Städten gar keine Wohnung mehr finden lässt. Knapp ein Viertel der hier lebenden Hartz-IV Bezieher*innen müssen aus ihrem Regelsatz noch Miet- und Heizkosten zahlen, da diese als unangemessen hoch nicht anerkennt werden.

Auch das neue Bürgergeld der Bundesregierung ist nur Etikettenschwindel und wird nicht mal die Inflation auffangen. Sanktionen gibt es weiterhin, die mit großem Pomp verkündeten Einmalhilfen entlasten überwiegend den Mittelstand und nicht die von Armut betroffenen Menschen.

Es reicht nicht mehr, nur parlamentarische Initiativen gegen das Hartz-IV-Regime einzubringen. Wir wollen aktiv vor Ort handeln und Menschen in Notlagen unterstützen.

In Marburg hat sich daher ein breites "Linkes Bündnis" gegründet, das eine Sozialsprechstunde anbietet: Wir helfen beim Ausfüllen von Formularen, begleiten zum Amt, hören zu und suchen nach Lösungen für Probleme mit den Behörden. Ob Menschen mit Fluchterfahrung, im SGB II oder XII. Jeder ist herzlich willkommen bei uns vorbeizukommen.

Anna Hofmann / Anja Kerstin **Meier-Lercher**

Die Sozialsprechstunde "links hilft":

ab 13. September 2022 Wann:

Dienstags, zwischen 16-18 Uhr Wo: Büro DIE LINKE, Elisabethstraße 9

Anfahrt: Der Zugang zum Büro der LINKEN befindet sich zwischen dem Drogeriemarkt Rossmann und dem Kirchen Kiosk. Parkplätze gibt es über einen Aufzug auf dem Parkdeck. Die Bushaltestellen Elisabethstraße und Bahnhofstraße sind ca.

200m vom Büro entfernt.

Armut grenzt aus

Armut ist eine existentielle Frage der gesellschaftlichen Teilhabe. Diese wurde besonders für Menschen mit geringem Einkommen in Zeiten der Pandemie noch einmal erheblich eingeschränkt. Dies dringendst zu ändern, ist ganz akut eine Aufgabe der Stadt Marburg, gerade auch mit Blick auf die betroffenen Kinder, ebenso Alleinerziehende, Studierende, Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke und alte Menschen.

Die rasende Inflation und vor allem die explodierenden Energiepreise treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders hart. Aber nicht nur Arme haben mit den gestiegenen Heizkosten zu kämpfen. Auch Durchschnittsverdiener*innen wissen bald nicht mehr, wie sie über die Runden kommen sollen. Reserven sind aufgebraucht, Einsparmöglichkeiten gibt es kaum noch. Die im Herbst zu erwartenden Energiekostenabrechnungen lassen Schlimmes befürchten. Deshalb werben wir für die Einführung eines Sozialtarifes für Strom und Gas bei den Stadtwerken für Menschen mit geringem Einkommen. Der den Stadtwerken entstehende entgangene Ertrag müsste entsprechend aus dem städtischen Haushalt abgefangen werden.

Zusätzlich sollte ein Moratorium für Gas- und Stromsperren beschlossen werden. Niemand darf ohne Energieversorgung bleiben oder sein. Angesichts der guten Kassenlage der Stadt können diese Forderungen finanziert werden. "Es ist kein Geld da", zählt nicht mehr.

> Pit Metz, DGBreisvorsitzender



Impressum

Homepage: marburg.dkp.de

Facebook: facebook.com/dkp.marburg

Instagram: instagram.com/dkpmarburg